

Tu was, Hamburg – Protestkurier 2026

gegen Kürzungen und Sozialabbau!

September 2026

Für den Ausbau der sozialen Infrastruktur! Opposition gegen die Kürzungspolitik und den Kahlschlag des Sozialstaats

Tu was, Hamburg!

Im Grundgesetz ist die Würde des Menschen für unantastbar erklärt, die unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt bestimmt und die Bundesrepublik Deutschland als demokratischer und sozialer Bundesstaat definiert.

Was das für das politische Handeln bedeutet, ist gegenwärtig stark umstritten.

Mit dem in diesem Land vorhandenen Reichtum ließe sich die grassierende Armut überwinden und gute Lebensbedingungen für alle Menschen schaffen.

Mit der AfD steht aktuell eine Partei in den Startlöchern, die Druck macht für einen weiteren Abbau der Zugangsmöglichkeiten zu sozialstaatlichen Leistungen. Sie will die Privatisierung sozialer Risiken durchsetzen. Nicht

Solidarität, sondern Familie, Leistungsideologie und Rassismus sollen regieren.

Die Soziale Arbeit verfügt über Erfahrungen und Kenntnisse, wie der Aufbau lebenswerter Nachbarschaften und sozialer Infrastruktur realisiert werden kann und wie Menschen gemeinsam die Dinge, die sie betreffen, in die Hand nehmen können. Die Jugendhilfe hat laut dem 8. Sozialgesetzbuch (SGB VIII) den Auftrag, dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

Es ist damit der Auftrag aller in diesem Bereich Tätigen, sich zu positionieren, wenn von der Bundesregierung massive Angriffe auf eben diese Lebensbedingungen unternommen werden.

Mit diesem Protestkurier wollen wir als Netzwerk „Tu was, Hamburg!“ dazu beitragen, den

sozialpolitischen Widerstand zu verbreitern. Durch Stimmen aus der Praxis der Sozialen Arbeit und Jugendhilfe in Hamburg machen wir deutlich, warum wir es uns als Stadtgesellschaft nicht leisten können, diese Arbeit unter die Räder geraten zu lassen.

Hamburg ist eine reiche Stadt, in der 42.000 Millionär:innen und elf Milliardär:innen leben. Die Olympia-Bewerbung, Kühne-Oper und das Elbtower-Desaster zeigen deutlich: Wenn der politische Wille vorhanden ist, können Mittel bereitgestellt werden!

Wir machen uns zum Teil der Haushaltsberatungen und fordern:

- Reichtum umverteilen, Armut überwinden!

- Soziale Infrastruktur ausbauen!
- Kinder- und Jugendrechte verwirklichen!

Kampf um verlässliche Strukturen!

Yama Waziri (First Contact e.V.)

Die Situation für uns als kleine Migrantenselbstorganisation ist seit Jahren dramatisch. Es fehlt schlichtweg an einer tragfähigen Infrastruktur für die Vielzahl der jungen Menschen zwischen 6 und 27 Jahren, die seit 2010 in Hamburg ankommen. Es wurden kaum Strukturen aufgebaut, die den spezifischen Belangen dieser Zielgruppe gerecht werden – insbesondere in den Bereichen Demokratisierung, Mediation, Beteiligungsprozesse und kulturelle Arbeit.

Ein zentrales Problem ist die mangelnde Versorgung vor Ort. Oft wird argumentiert, dass die Offene Jugendarbeit diese Aufgaben übernehmen würde. Tatsächlich

liegen viele Unterkünfte jedoch so isoliert in Randgebieten, dass die Jugendlichen von der bestehenden Infrastruktur vollkommen abgeschnitten sind. Die Folge sind Isolation und eine zunehmende Verarmung der Lebensumstände. Als Verein kämpfen wir seit unserer Gründung im Jahr 2008 vergeblich um eine Regelfinanzierung und halten uns mühsam über Miniprojekte, Stiftungen und Spenden über Wasser. Während der Coronakrise konnten wir glücklicherweise durch HZE-Fälle einige Projekte querfinanzieren, da andere Träger diese Aufgaben nicht übernahmen. Aktuell sind wir jedoch wieder auf kurzfristige Zuwendungen angewiesen, die oft nur für sechs bis zwölf Monate bewilligt werden. Dass wir mit einer Summe von knapp 40.000 € Angebote in zwölf Unterkünften über zwei Bezirke hinweg aufrechterhalten,

verdeutlicht die erschreckende Knappheit unserer Ressourcen. Besonders dramatisch stellt sich die Lage aktuell für Kinder in den Dublin-Verfahren dar. In vielen Unterkünften unterliegen sie strengen Kontrollen, erhalten keine direkte Beschulung und haben keinerlei Perspektive auf Verbleib. Wir gehen hier von massiven Kinderrechtsverletzungen aus. Die durchschnittliche Verweildauer in den Unterkünften von 3,7 Jahren macht diese Kinder nachweislich krank. Wir sind aktuell eine der wenigen Organisationen, die diese jungen Menschen direkt vertritt. Daher benötigen wir dringend eine nachhaltige Finanzierung und eine verlässliche Infrastruktur, um Bildung, Sport und Kultur endlich bedarfsgerecht fördern zu können.

Tu was, Hamburg!:

Für den Ausbau der sozialen Infrastruktur! Opposition gegen die Kürzungspolitik und den Kahlschlag des Sozialstaats	Seite 1
Nein zur sozialpolitischen Zeitenwende à la Merz	Seite 2
Wachsende Armut in einem reichen Land	Seite 3
Für die bedarfsgerechte Finanzierung Sozialer Arbeit in Hamburg!	Seite 4

Stimmen aus der Praxis

Kampf um verlässliche Strukturen!, Selbstorganisation unterstützen	Seite 1
Mitbestimmung stärken statt Jugendclubs schließen!, Wohnen - Ein Kinderrecht!, Offene Häuser für die Viertel	Seite 2
Jugendzentren - Investitionen in die Zukunft, Alarmstufe rot!., Förderung statt Repression	Seite 3
Praxisausbildungsstätten erhalten!, Stadtteile ohne Partnergewalt	Seite 4



Selbstorganisation unterstützen!

Basement e.V.

Im Basement e.V. gestaltet das knapp 30-köpfige, ehrenamtliche Team selbstorganisiert Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (Lernangebote, Workshops, Freizeiten, etc.) von Jugendlichen für Jugendliche. Knapp zwei Jahre nach der Vereinsgründung, nach enorm viel Arbeit und erforderlicher Hartnäckigkeit sind wir froh, über den Quartiersfond I die Finanzierung für das Jahr 2026 erhalten zu haben und neue Räumlichkeiten für unsere Arbeit anmieten zu können.

Nach zwei Jahren des Bangens um die Finanzierung unseres Herzensprojekts sind wir dankbar für diese Möglichkeit, aber nach wie vor besorgt um den Fortbestand des Basements. Um die langfristige Planung von Projekten zu ermöglichen, braucht es langfristige Zusagen von Finanzierungen!

Im Basement haben junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren die Möglichkeit in geschütztem Rahmen Verantwortung zu übernehmen und einen

Raum zu ihrem eigenen zu machen. In einer von vielen Umbrüchen geprägten Zeit bietet der Basement e.V. eine konstante Anlaufstelle und ermöglicht (altersübergreifenden) Austausch, soziales Engagement, Selbstwirksamkeitserfahrungen und ein hohes Identifikationspotenzial. Unser Ziel ist es, dass sich alle jungen Menschen bei uns sicher und willkommen fühlen und nach ihren eigenen Wünschen, Fähigkeiten und Kapazitäten einbringen können.

Wir glauben daran und werden in unserer alltäglichen Arbeit immer wieder darin bestätigt, dass gewissen Bedarfen junger Menschen am besten in Räumen begegnet werden kann, in denen sie ein hohes Maß an Selbstwirksamkeit erfahren, eigenverantwortlich handeln (müssen) und der Druck und die Erwartungen von außen minimal gehalten werden.

Um die Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen besser zu unterstützen, braucht es mehr und bessere Anlaufstellen für Fragen rund um Jugendhilfe, Antragswesen und Trägerentwicklung sowie niedrigschwellige Startfinanzierungen für neue Projekte.

Nein zur sozialpolitischen Zeitenwende à la Merz

Tu was, Hamburg!

Die schwarz-rote Koalition auf Bundesebene hat mit ihren im Sommer vorgelegten „Reformplänen“ einen Frontalangriff auf den Sozialstaat begonnen. Vom Bürgergeld über die Renten- und Krankenversicherung bis zu milliardenschweren Kürzungsplänen in der Jugendhilfe.

Derweil soll der Reichtum der Multimilliardär:innen unangetastet bleiben – eine Vermögensteuer ist nicht geplant. Statt Umverteilung von oben nach unten wird auf Kürzungen und Repression gegen die Ärmsten gesetzt sowie Diskriminierung und Ausgrenzung von Geflüchteten.

Parallel wird der Verteidigungsetat kontinuierlich aufgestockt. Geplant ist, ihn von über 100 Milliarden EUR in diesem Jahr auf 180 Milliarden EUR im Jahr 2030 zu erhöhen. Seitdem das Grundgesetz Anfang 2025 im Hauruck-Verfahren geändert wurde, gibt es für die kreditfinanzierte

Anschaffung von Tötungsmaschinerie kein Limit mehr, während für Investitionen in das Allgemeinwohl weiterhin die restriktiven Investitionsregeln der sogenannten Schuldenbremse gelten.

Die Financial Times hat schon im Frühjahr 2025 getitelt, Europa müsse seinen Wohlfahrtsstaat zu rechtstutzen, um einen Kriegszustand aufzubauen. Das ist auch die

Agenda der Europäischen Kommission und der deutschen Bundesregierung. Spätestens in 10 Jahren sollen laut Beschluss der NATO die Mitgliedsländer 5 % ihres Bruttoinlandsprodukts für Militär ausgeben. Das wären 50 % des deutschen Bundeshaushalts. Der Kahlschlag im Sozialstaat, der dafür nötig ist, hat begonnen.

Mit Verweis auf die Möglichkeit eines künftigen russischen Angriffs auf die NATO wird in der öffentlichen Debatte für eine stärkere militärische Ausrichtung geworben. Dieses Bedrohungsszenario wird genutzt und trägt dazu bei, sicherheitspolitische Entscheidungen zu legitimieren. Auch angesichts der enormen Zerstörungskraft moderner Waffensysteme ist es nicht nachvollziehbar, ernsthaft auf das Führen eines Krieges in ganz Europa zu orientieren. Es gilt, alles dafür zu tun, ihn durch Diplomatie, Verhandlungen und Abkommen unmöglich zu machen!

In dieser Lage finden auch in Hamburg die Verhandlungen über den Haushalt der Stadt für die Jahre 2027/28 statt. Im Herbst 2026 wird der Doppelhaushalt 2027/28 in der Bürgerschaft und ihren Ausschüssen verhandelt und soll Ende des Jahres verabschiedet werden. Der rot-grüne Hamburger Senat bereitet die Hamburger:innen bereits seit geraumer Zeit darauf vor, dass Kür-

zungen in allen Bereichen des städtischen Haushalts alternativlos seien: von der öffentlichen Verwaltung über den Kulturbereich, die Wissenschaft, Bildung und Jugendhilfe. So verkündet der Finanzsenator Andreas Dressel bereits seit längerem, dass Kürzungen des Sozialstaats nötig wären, um ihn „zukunftsfähig“ zu machen...

Die unter Blackrock-Kanzler Friedrich Merz vorangetriebene sozialpolitische Zeitenwende verdient den entschiedenen Widerstand aller, die sich täglich bei der Arbeit, ehrenamtlich und politisch für eine solidarische Gesellschaft in internationaler Perspektive und für die Verwirklichung der Kinderrechte einsetzen!

Mit der bereits bestehenden Kooperation zwischen Aktiven und Organisationen der Sozialen Arbeit haben wir gute Grundlagen geschaffen, auf denen wir aufbauen und die Kreise erweitern können, um unsere Perspektive einer Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt, stark zu machen!

Wir sagen „Tu was, Hamburg!“ und rufen damit alle Hamburger:innen dazu auf, sich gegen die Kürzungspläne des Hamburger Senats für den Ausbau der sozialen Infrastruktur in unserer Stadt einzusetzen!

Mitbestimmung stärken statt Jugendclubs schließen!

TIMO Jugendclub

Unser Jugendclub steht kurz vor dem Aus – nicht, weil die Jugendlichen wegbleiben würden, ganz im Gegenteil: er wird so gebraucht, wie nie zuvor. Die Refinanzierung durch das Bezirksamt Hamburg-Mitte wurde vollständig gestrichen, unser bisheriger Träger, die evangelische Kirchengemeinde Hamburg-Horn, hat die Einrichtung geschlossen und die Räume an eine andere Religionsgemeinschaft verkauft. Damit verlieren wir gleichzeitig Finanzierung, Trägerschaft und Räumlichkeiten und mussten letztere zum 30. Juni verlassen. Für die rund 30 Jugendlichen, die täglich zu uns kommen, und unsere etwa 50 festen Besucherinnen und Besucher ist das weit mehr als der Verlust eines Freizeitangebots. Unser Club ist ein zweites Zuhause, ein sicherer Ort für junge Menschen aller Geschlechter, Herkunftsländer und Religionen, an dem Vielfalt, Respekt und Zusammenhalt gelebt werden.

Hier lernen Jugendliche Demokratie nicht aus Schulbüchern, sondern indem sie mitentscheiden, Verantwortung übernehmen

und erleben, dass ihre Stimme zählt. Sie erhalten Unterstützung bei Hausaufgaben, entdecken ihre Fähigkeiten in Koch-, Bau- und Werkprojekten und erwerben wichtige Kompetenzen für ihr weiteres Leben. Besonders für junge Menschen mit belastenden Lebens- oder Fluchterfahrungen ist der Jugendclub einer der ersten Orte, an dem sie Akzeptanz, Vertrauen und echte Zugehörigkeit erfahren. Gleichzeitig schaffen wir einen Raum für kritische Auseinandersetzung mit Medien, gesellschaftlichen Entwicklungen und demokratischen Werten. Gerade in einer Zeit, in der rechte und rechtsextreme Akteure gezielt junge Menschen in sozialen Netzwerken ansprechen und einfache Antworten auf komplexe Probleme versprechen, sind Orte wie der Jugendclub wichtiger denn je. Wer Jugendlichen Perspektiven, Zugehörigkeit und Mitbestimmung bietet, stärkt sie gegen Ausgrenzung, Hass und extremistische Ideologien. Wenn solche Orte geschlossen werden, hinterlässt das ein Vakuum, welche menschenfeindliche Kräfte nur zu gern füllen. Deshalb brauchen wir jetzt schnelle, unbürokratische Lösungen und den politischen Willen, diese Arbeit zu erhalten – bevor Generationen von Jugendlichen verloren gehen!

Wohnen - ein Kinderrecht!

Trägerverbund "Wohnungen für Straßenkinder"

Stell dir vor, du kannst aus verschiedenen Gründen nicht mehr zuhause wohnen.

Du ziehst in eine Wohngruppe, erlebst dort mit bis zu 10 anderen deines Alters, wie der Alltag in Wohngruppen sein kann: Streit, Liebe, Freundschaften, Trauer, Einzüge, Auszüge, Betreuungswechsel, Gruppenangebote, Regeln für dich und alle anderen, Schulbesuch...

Da kann es schon mal zu Überforderungen kommen. Du zeigst diese vielleicht durch gesellschaftlich nicht akzeptiertes Verhalten, musst wieder ausziehen, wechselst vielleicht auch nicht zum ersten Mal den Wohnort. Du suchst Notschlafstätten auf.

Und das Schlimmste daran: Kein Schlafplatz kann dir das Gefühl von Zuhause geben und das Vertrauen in Jugendhilfe/Erwachsene ist längst flöten gegangen. Die Straße und das Netzwerk werden zum neuen Zuhause. Und jetzt stell dir vor, du bist erst 14 Jahre alt!

Hamburg will die Obdachlosigkeit bis 2030 beseitigen. Die AG Wohnen und junge Menschen von MOMO e.V. haben hierzu ein Eckpunktepapier erarbeitet (<https://kurzlinks.de/y6zg>). Mit Blick auf das heute etablierte Leuchtturmprojekt der Solidarität Werkstatt Essen machen sich aktuell Vertreter*innen aus der Jugendhilfe auf den Weg, für Hamburg als Stadtstaat ein Wohnangebot dieser Form für junge Menschen zu entwickeln. Dafür braucht es dringend sozialpolitische Verantwortungsübernahme.



Offene Häuser für die Viertel

KiFaZ Schnelsen

Das KiFaZ Schnelsen ist ein offenes Haus für Familien(-mitglieder) in Schnelsen und hat zwei Standorte (in Burgwedel und in Schnelsen-Süd). Wir machen offene Beratung zu allen Themen und Problemen, die Familien bewegen, bieten z.B. offene Treffpunkt- und Sportangebote an und gestalten das kulturelle Leben in "unseren" Vierteln mit. Zudem haben wir eine Krisenwohnung und machen noch allerlei anderes – alles mit dem Ziel, Leben und Perspektiven von Familien aus unserem Quartier zusammen mit diesen aktiv zu verbessern.

Dabei arbeiten wir immer parteilich und vertrauensvoll im Sinne unserer Besuchenden und ihrer

Kinder. Unsere Angebote sind stark frequentiert von Menschen aus den unterschiedlichsten Kulturkreisen. Gerade in der Beratung ist es oft auch sehr voll – bei vielen Familien drückt mehr, als nur ein Schuh. Diese Arbeit leisten wir nicht alleine. Andere Projekte, wie z.B. Jugendclubs, Spielhäuser oder Angebote für Menschen mit Fluchthintergrund leisten einen ebenso wichtigen Beitrag und bieten (Frei-)Räume und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und viele andere an.

Mit dem Doppelhaushalt 2027/2028 drohen erneut Sparmaßnahmen, die ausgerechnet jene Bereiche treffen, die unsere Stadt in Krisenzeiten stabil halten, insbesondere die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) und die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (SIN-Mittel).

Wir erleben täglich, was diese

Orte für Kinder, Jugendliche und Familien bedeuten. Sie sind Schutzräume, Lernorte, Begegnungsräume und manchmal der einzige Platz, an dem Sorgen ausgesprochen werden können. Gerade jetzt – in einer Zeit, in der gesellschaftliche Belastungen gerade auch für Kinder, Jugendliche und Familien spürbar wachsen – braucht Hamburg eine auskömmliche, verlässliche und langfristige Finanzierung seiner sozialen Infrastruktur. Eine starke, zukunftsichere Stadt entsteht nicht durch Einsparungen an den falschen Stellen, sondern durch Investitionen in die Menschen, die hier leben und in die Stärkung von demokratischer Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Kürzungen gefährden nicht nur Projekte – sie gefährden Menschen.

Impressum:

Redaktion: Fabienne von Hohenthal, Sinah Mielich, Florian Muhl, Ronald Prieß, Andreas Scheibner
Gestaltung & Layout: Paula Herrschel
E-Mail: tu-was-hamburg@gmx.de
Homepage: www.tu-was-hamburg.de
V.i.S.d.P.: Sinah Mielich, c/o Landesarbeitsgemeinschaft Kindheit und Jugend (LAG KiJu), DIE LINKE Hamburg, Burchardstraße 21, 20095 Hamburg

Jugendzentren - Investitionen in die Zukunft

Henning Meiforth (HdJ Horn)

Im Hamburger Osten sind nur noch zwei von vier Häusern der Jugend (HdJ) geöffnet: Mümmelmannsberg und Horn. Das HdJ Billstedt ist seit zwei Jahren gesperrt, weil das Gebäude baufällig ist, das HdJ Hammer Park steht wegen eines Neubaus auf unbestimmte Zeit leer. Die verbliebenen Zentren platzen aus allen Nähten – viele Jugendliche haben keinen Platz zum Spielen, Chillen oder zum Freunde treffen.

Wir kämpfen dafür, dass junge

Menschen sichere Orte haben, an denen sie sich entfalten, ihre Ideen ausprobieren und gemeinsam ihre Stadt mitgestalten können. Unsere Projekte fördern Bildung, Kreativität, politische Beteiligung und soziale Integration – Angebote, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Doch ohne ausreichende Mittel sind diese Räume bedroht. Wir fordern eine schnelle Wiedereröffnung der gesperrten HdJs und den Ausbau von Personal und Räumen. Denn jeder Tag ohne Jugendzentrum bedeutet verlorene Chancen und wachsende Ungleichheit. Es ist eine politische Entscheidung: Investieren wir in die Zukunft der Jugend – oder lassen wir sie im Stich? Wir sagen: Unsere Jugend darf nicht warten!

Alarmstufe rot!

Interessenvertretung OffeneArbeit (IVOA)

Die IVOA für Kinder, Jugendliche, Jungerwachsene und Familien hat sich 2018 gegründet. Sie ist ein selbstorganisierter Zusammenschluss von Fachkräften aus der Offenen Arbeit mit jungen Menschen und ihren Familien.

Diese Arbeitsfelder sind seit Jahren strukturell unterfinanziert, in den letzten Jahren spitzt sich die Lage jedoch immer weiter zu. Ende 2025 wurden kurzfristig enorme Kürzungen im Bereich der SIN-Mittel (Sozialräumliche Integrationsnetzwerke) und sogenannten Mehrbedarfen für geflüchtete Menschen beschlossen und auch für die OKJA wurde eine unzureichende, nicht den Bedarfen und Bedürfnissen der Zielgruppe entsprechende Finanzierung beschlossen, was jeweils dazu führt, dass Angebote gekürzt und eingestellt werden müssen. Das bedeutet ganz konkret den Wegfall von verlässlichen Orten und Beziehungen. Deshalb sind wir seitdem in der Kampagne „Alarmstufe Rot! Entschlossen gegen Kürzungen! Kinder- und Jugendrechte vertei-

digen!“ aktiv. Zunehmend machen wir die erfreuliche Erfahrung, dass unser fachpolitisches Engagement Druck und Wirkung erzeugt. Gleichzeitig wird darauf mit Gegendruck und Beschneidungsversuchen durch Politik und Behörde reagiert.

Wir sind entschlossen und laut! Wir werden uns nicht einschüchtern lassen!

Offene Angebote haben eine besondere Bedeutung im Aufwachen und Leben für Kinder, Jugendliche und Familien. Darüber hinaus spielen sie eine entscheidende Rolle in der Demokratie- und politischen Bildung von jungen Menschen. Insbesondere im Hinblick auf eine erstarkende rechte Politik, ist es für ein solidarisches und demokratisches Zusammenleben von essentieller Bedeutung, dass diese Orte gestärkt und nicht abgebaut werden!

Wir als IVOA stehen solidarisch an der Seite junger Menschen und kämpfen für eine emanzipatorische Kinder- und Jugendarbeit, die sie unterstützt und bestärkt, so wie sie es brauchen!

Instagram: ivoa_hamburg

Wachsende Armut in einem reichen Land

Tu was, Hamburg!

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: 'Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich'.“ (Bertolt Brecht, 1934)

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Die politisch erzeugte Armut und soziale Ungleichheit stehen dem jedoch entgegen. Die Zahl der Menschen, die derzeit hierzulande in Armut leben, liegt mit 13,3 Millionen auf einem Höchstwert. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Milliardär:innen im Land in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt.

Wenn die Ungleichheit der Vermögen und Einkommen steigt, steigt damit auch die Ungleichverteilung der Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Dies hat massive gesellschaftspolitische Auswirkungen, wie sich etwa in Gestalt einer erstarkenden AfD und anderer antidemokratischer Kräfte zeigt.

Die Bundesregierung steuert unter dem Druck von Rechtsaußen nicht etwa gegen diese Entwicklung, sondern trägt fatalerweise aktiv dazu bei, die soziale Spaltung noch weiter zu verschärfen.

Die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in Deutschland in

Familien, die von auskömmlichen Einkommen und Bildungszugängen ausgeschlossen werden, dramatisch hoch. Mehr als jedes fünfte Kind (21,8 %) ist in Deutschland laut dem Paritätischen Armutsbericht 2024 betroffen. In Hamburg ist die Armutsgefährdungsquote für unter 18-Jährige mit 26,3 % sogar noch höher.

Bei der Vorstellung des Paritätischen Armutsberichts 2026 äußerte Joachim Rock, der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes: „Nachdem soziale Sicherheit schon über Jahre ausgehöhlt wurde, statt sie zu stärken, drohen jetzt sogar noch weitere Kürzungen: beim Wohngeld, beim Unterhaltsvorschuss, in der Jugendhilfe, in der Eingliederungshilfe, bei Rente und Krankenversicherung. Und wieder trifft es gerade die Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind: Alleinerziehende, Alte, Kranke, Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete sowie Kinder und Jugendliche.“ Sein Appell: „Wer in der Krise den Sozialstaat weiter abbaut, der vertieft die Krise. Die Bundesregierung ist aufgefordert, diesen Kurs zu stoppen und endlich eine Politik zu machen, die Armut bekämpft statt verwaltet!“

Die konkreten Auswirkungen der Armut sind allen, die in dieser Stadt mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, bekannt: So ist selbst die Essensversorgung bei

weitem nicht für alle gewährleistet. Die Kolleg*innen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit stellen fest, dass sie an ihre personellen und finanziellen Grenzen gelangen und fordern die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen.

Dies gilt für alle Bereiche der Kinder und Jugendhilfe: von der Offenen Kinder und Jugendarbeit über die pädagogische Betreuung in Kindertageseinrichtungen, bei der Familienförderung bis hin zum Kinder und Jugendnotdienst und den Allgemeinen Sozialen Diensten. Die Arbeitsbedingungen in diesen Arbeitsfeldern sind geprägt durch Überlastung, Fachkräfte und Stellenmangel, starke Personalfuktuation und hohen Krankenstand, strukturelle Unterfinanzierung, mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten an einer kindorientierten Jugendhilfeplanung, fremdbestimmte Arbeitsverdichtung, übermäßigen Kontrolldruck und eine inhaltliche Ausrichtung auf Effizienz und Anpassung. So wird massiv erschwert, wirksam zur Minderung, Verhinderung oder Lösung der sozialen Probleme von Kindern, Jugendlichen, jungen Menschen und Familien beizutragen und sozialpädagogische Bildung für alle zu ermöglichen.

Homepage des Paritätischen zu den laufenden Kürzungsdebatten: www.stoppt-sozialabbau.de

Förderung statt Repression

ASP Wegenkamp e.V.

Ziel unserer Arbeit als Verein ist die Verbesserung der Lebensqualität von Kindern, Jugendlichen und deren Familien. Zu den Projekten des ASP Wegenkamp e.V. gehören der Bauspielplatz, das Kriseninterventionsprojekt Gästewohnung und das offene Beratungsangebot im Spielhaus Eidelstedt MoMiCa.

Entgegen Ausgrenzung, hin zu Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, gilt es, die Besucher*innen bei der Bewältigung ihres Alltags zu unterstützen und ausgehend von ihren Wünschen, Fähigkeiten und Stärken mit ihnen zusammen ihre individuellen und gemeinsamen Handlungsspielräume zu erweitern. Unsere Hauptaufmerksamkeit gilt dabei jenen, die unter Armuts- und anderen benachteiligenden Bedingungen leben. Darüber hinaus sehen wir unsere Aufgabe vor allem in der Inklusion der verschiedenen Familien mit unterschiedlichen sozioökonomischen Lebensbedingungen in eine auf

Gleichberechtigung und Gemeinschaftlichkeit beruhende ASP-Kultur. Zentraler Baustein unserer Arbeit sind die Grundprinzipien der offenen Kinder- und Jugendarbeit. In den letzten Jahren (seit 2022) haben sich unsere Nutzer:innenzahlen verdoppelt, wobei wir konstant einen Anteil von 50% Mädchen bei uns verzeichnen.

Aktuell sehen wir uns mit multiplen Problemlagen in allen Lebensbereichen von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Familien in allen Milieus konfrontiert. Ein Anstieg von Armut, überlastete Kitas und Schulen, sich verschlechternde Zugänge zu allen Ämtern und die Verrohung der Gesellschaft durch rechtspopulistische Medien und deren Einflussnahme sowie ein in der Gesellschaft wachsendes demokratiefeindliches und antihumanistisches Menschenbild verschlimmern die oben genannten Probleme zusehends. Auch die aktuellen Entwicklungen der hamburgischen und deutschen Sozialpolitik bestätigen unsere Beobachtungen. Es geht nicht mehr um eine gesamtgesellschaftliche strukturelle Veränderung hin zu Inklusion oder einem solidari-

schen Miteinander, sondern um einen repressiven Blick auf die Menschen, die als Verlierer:innen der Gesellschaft gelten oder nicht ins System passen.

Um die vielfältigen Probleme bewältigen zu können fordern wir einen Ausbau der sozialen Infrastruktur durch offene und niedrigschwellige OKJA-, Famfö- und SAJF-Projekte mit mindestens zwei Vollzeitstellen pro Einrichtung sowie die automatische Erhöhung der Zuwendung zur Refinanzierung der Tarifsteigerungen, Anpassung der Sachmittel an Inflationssteigerung sowie steigende Neben- und Alltagskosten. Wir kritisieren die Neuausrichtung der Straßensozialarbeit in Hamburg aufs Schärfste. Darüber hinaus lehnen wir die im Entwurf der Globalrichtlinie vorgesehene Annäherung der Jugendarbeit an die Schule und den Arbeitsmarkt entschieden ab. Kinder- und Jugendarbeit bleibt parteilich, freiwillig und lebensweltorientiert – sie darf nicht zum verlängerten Arm von Schule oder Arbeitsmarkt sowie der repressiven Sozialpolitik werden!



Für die bedarfsgerechte Finanzierung Sozialer Arbeit in Hamburg!

Tu was, Hamburg!

Die Sicherung und Weiterentwicklung von Demokratie braucht soziales Lernen. Dafür hat nicht nur die Schule, sondern auch die Jugendarbeit, einen gesetzlichen Auftrag. Ein wichtiger Lernort sind die Lebenswelten junger Menschen. Hier braucht es besonders im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Familienförderung stadtteil- und quartiersbezogene bedarfsgerechte Angebote.

Trotz nachweislicher Erfolge stadtteilorientierter Einrichtungen ist ihre Absicherung derzeit gefährdet.

Mit betriebswirtschaftlicher Steuerung werden die Praxiseinrichtungen und Betroffene behördlich zunehmend gegängelt. Die notwendige Beziehungsarbeit zu jungen Menschen und Familien kann so kaum noch geleistet werden.

Dieser Zustand muss umgehend überwunden werden! Eine lebenswerte Stadt braucht keine Elendsverwaltung, sondern emanzipatorische Soziale Arbeit!

Ehrenamtliches Engagement und Selbstorganisation im Stadtteil muss verlässlich sozialpädagogisch unterstützt werden. Dies gilt besonders für Angebote sozialer Arbeit, aber auch zur Entwicklung von Handlungsfähigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Dabei sind Betroffene gesetzlich zu beteiligen.

Junge Menschen und Familien brauchen Räume und Plätze um sich zu treffen, sich auszutauschen und ihre Lebensbedingungen gemeinsam zu verändern. Die bedarfsbezogene Finanzie-

rung von stadtteilorientierter Sozialer Arbeit ist eine Investition in die Zukunft der Stadt, mit der sie aktive, sozial kompetente Mitmenschen gewinnt, Stadtteile lebenswert und attraktiv weiterentwickelt.

Die jahrelange Unterfinanzierung sozialer Arbeit in den Stadtteilen führt zu Einrichtungsschließungen, Angebotsseinschränkungen und Überforderung des Personals. Zudem trägt diese Unterversorgung dazu bei, dass es häufiger zu teuren Kriseninterventionen kommen muss.

Die Allgemeinen sozialen Dienste der Jugendämter leiden aktuell unter den zunehmenden Problemlagen und bürokratischen Anforderungen bei gleichzeitig unbesetzten Stellen. Neue behördliche Verordnungen, die Umsetzung gesetzlicher Aufgaben eingeschränkt durchzuführen, verschärfen nur die Probleme einer zerbröckelnden sozialen Infrastruktur statt Lösungen zu entwickeln.

Geeignete Plätze zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen gibt es auch leider in Hamburg seit Jahren nicht ausreichend.

Eine gut ausgebaute und verlässlich finanzierte soziale Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien sowie eine gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit sind elementar für die Umsetzung der Kinder- und Jugendrechte, für eine gelingende Inklusion und den Erhalt bzw. die Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft!

Doch all das gibt es nicht geschenkt! Es muss gegen all die politischen Kräfte, die den Sozi-

alstaat weiter abbauen wollen, verteidigt und dabei und damit weiter ausgebaut und erkämpft werden.

Umsteuern jetzt!

Die Unterversorgung sozialer Arbeit im Stadtteil fördert jetzt schon gesellschaftliche Spaltungen und Ausgrenzungen, gibt Räume für politisch rechtsextremes Gedankengut und Handeln! Daher fordern wir von den verantwortlichen Hamburger Politiker:innen jetzt umzusteuern!

Für die Verbesserung der Bedingungen sozialer Arbeit in Hamburg fordern wir:

- Die Angebote sozialer Arbeit müssen wieder stärker in die Stadtteile verlagert werden.

- Jugendhilfeausschüsse, Gremien nach §78 SGB VIII und Stadteilkonferenzen müssen stärker in die Jugendhilfeplanung einbezogen werden.

- Die kontinuierliche, angemessene Absicherung von Stellen und Einrichtungen der Sozialen Arbeit im Stadtteil ist durch verlässliche Finanzierung zu gewährleisten.

- Die Mindestausstattung von sozialen Einrichtungen ist verbindlich abzusichern.

- Die Verwaltungsanforderungen sind auf das Nötigste zu reduzieren.

- Den Bedarfen von sozialen Angeboten im Stadtteil muss schneller entsprochen werden können, dazu sind u.a. stadtteilgenossenschaftliche Projekte zu fördern.

- Das Prinzip betriebswirtschaftlicher Steuerung ist im Bereich der Jugendhilfe zu überwinden zugunsten einer durch Jugendhilfeplanung be-

darfsorientierten Finanzierung.

- Der Zergliederung und dem Konkurrenzdruck von sozialer Arbeit muss entgegengewirkt werden.

- Die Trägerpluralität muss erhalten bleiben und das Subsidiaritätsprinzip gewahrt werden

- Der gesetzliche Auftrag und die fachlichen Ansprüche sind verbindlich umzusetzen.

- Die Einordnung von Berufsfeldern der Sozialen Arbeit ist in der Entgeltordnung der Tarifverträge und durch aktualisierte Tätigkeitsbeschreibungen anzupassen.

- Der Fachaustausch zwischen bezirklichen Gremien und der Fachbehörde ist verbindlicher zu gewährleisten.

- Die angekündigte Schließung der vier Pädagogischen Ausbildungsstätten (PAS) ist zurückzunehmen.

- Die Neuausschreibung der Ombudsstelle für junge Menschen (OHA!) ist zurückzunehmen.

- Die notwendigen Verwaltungskosten für Verbandsarbeit in der Jugendhilfe sind anzuerkennen und finanziell auszugleichen.

- Integrationskurse und Inklusionsprojekte müssen erhalten bleiben.

- Die haushaltswirtschaftliche globale Minderausgabe ist im personalkostenintensiven Bereich der Jugendhilfe nicht anzuwenden.

- Die OKJA ist durch strukturelle Unterfinanzierung seit Jahren in ihrer Existenz bedroht. Es gilt, die OKJA den Bedarfen junger Menschen entsprechend auszubauen sowie zuverlässig und auskömmlich zu finanzieren.

- Investitionsmittel für Instandsetzung, Reparaturen und Umbauten von Gebäuden für soziale Arbeit sind zeitnah verfügbar zu machen.

Praxisausbildungsstätten erhalten!

Alexander Krüger (PAS)

Die Praxisausbildungsstätten (PAS) leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Qualität der frühkindlichen Bildung und zur Ausbildung sozialpädagogischer Fachkräfte in Hamburg. Als Ausbildungs-Kitas verbinden sie Betreuung und qualitätsgesicherte Praxisanleitung. Ihre Besonderheit liegt in der engen Verzahnung von Theorie und Praxis unter der Verantwortung der Fachschulen für Sozialpädagogik. Pädagogische Konzepte werden hier unmittelbar erprobt, reflektiert und in den Unterricht rückgekoppelt. Die PAS sind damit ein zentrales Instrument der Qualitätssicherung in der sozialpädagogischen Ausbildung.

Mit der geplanten Schließung der PAS würden bewährte Ausbildungsstrukturen aufgegeben. Die Ausbildung würde verstärkt in reguläre Kitas verlagert, die weder einen gesetzlichen Ausbildungsauftrag noch entsprechende Strukturen und Ressourcen besitzen. Dadurch ginge ein institutionell gesichertes Modell verloren, das Ausbildungsqualität unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzelner Träger gewährleistet.

Die vier Einrichtungen verursachen jährliche Kosten von rund 3,3 Millionen Euro, die überwiegend aus Personal- und Mietkosten bestehen und auch künftig im Haushalt verbleiben würden. Das tatsächliche Einsparpotenzial ist daher gering und wird zusätzlich durch Einnahmen aus Elternbeiträgen relativiert. Dem stehen erhebliche Folgekosten gegenüber: der Verlust bewährter Ausbildungsstrukturen und eine Schwächung der Theorie-Praxis-Verzahnung. Die PAS sind ein wesentlicher Baustein für die Zukunft der sozialpädagogischen Ausbildung und der frühkindlichen Bildung in Hamburg.

Stadtteile ohne Partnergewalt

Jasmin Fritz (StoP-Projekt)

Im Zentrum unserer Arbeit steht die Nachbarschaft: Jede*r kann etwas tun und sagen. Wir bilden Nachbar*innen aus, vermitteln Wissen, stärken Handlungskompetenz und ermutigen, hinzusehen und Betroffene zu unterstützen. Gleichzeitig leisten

wir Prävention, Intervention und Schutzarbeit – niedrigschwellig, vernetzt und praxisnah. Studien wie „LeSuBiA“ zeigen, dass weniger als 5 % der Betroffenen Anzeige erstatten – das Dunkelfeld ist enorm.

Der Alltag bei STOP HORN – Stadtteile ohne Partnergewalt ist geprägt von hoher Nachfrage bei gleichzeitig unsicherer Finanzierung. Seit Jahren erhalten wir jährlich nur projektbezogene Mittel, eine verlässliche Regelfi-

nanzierung gibt es nicht. Unsere aktuellen Mittel über die Sozialbehörde (40.000 €) und das Bezirksamt Hamburg-Mitte (ca. 15.000 €) reichen gerade für eine halbe Stelle sowie Honorar- und Sachmittel; die weitere Koordination ist bis Ende 2026 über Drittmittel gesichert. Diese Unsicherheit erschwert nachhaltige Planung, obwohl unsere Arbeit dringend gebraucht wird.

Unsere gesellschaftliche Bedeutung liegt darin, Gewalt sicht-

bar zu machen und Menschen vor Ort zu befähigen, aktiv zu werden. Für eine wirksame soziale Infrastruktur brauchen wir endlich verlässliche Regelfinanzierung, mehr Ressourcen für Bildungs- und Aufklärungsarbeit und politische Priorisierung von Gewaltschutz. Schutz vor Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, keine Frage befristeter Haushaltslagen.



Zum Bündnis „Tu was, Hamburg!“

„Tu was, Hamburg!“ ist ein Bündnis von Aktiven in der Straßensozialarbeit, Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, aus Kitas, Stadteilkonferenzen, Beratungsstellen, dem Jugendamt, aus der Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen, Selbstorganisationen junger Menschen sowie Vertreter*innen aus Wissenschaft, Verbänden, Initiativen und Gewerkschaften wie ver.di und der GEW.

Uns geht es um die Förderung von Kooperation zwischen den Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit und echte Sozialraumorientierung. Wir arbeiten sowohl daran, die vielfältigen Problemlagen in der Jugendhilfe und ihre Ursachen sichtbar zu machen, als auch daran, Alternativen zu entwickeln und umzusetzen.

In diesem Sinne haben wir bisher zwei Kinder- und Jugendhilfegipfel und diverse Fachveranstaltungen mit mehreren Hundert Teilnehmer:innen organisiert. Weiterführende Informationen zu unserer Arbeit sind auf der Seite www.tu-was-hamburg.de zu finden.

Wir treffen uns regelmäßig und freuen uns über neue Mitstreiter:innen!

Kontakt: tu-was-hamburg@gmx.de

Termine:

25.09.26 / 15:00 Uhr Kundgebung der Interessenvertretung Offene Arbeit (IVOA) @ Rathausmarkt: „Alarmstufe rot! Entschlossen gegen Kürzungen! Kinder- und Jugendrechte verteidigen!“

26.09.26 DGB-Aktionstag „Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit. Deine Rente.“

10:30 Uhr Demonstration ab Hauptbahnhof (Orga: ver.di + Unkürzbar)

11:55 Uhr DGB-Kundgebung @ Rathausmarkt (Orga: DGB)

14:00 Uhr Demonstration "Nein zum Kriegsmanöver Red Storm Charlie! Ja zu sozialem Fortschritt!" ab Jungfernstieg/Reesendammbrücke (Orga: Kein NATO-Hafen/Hafen)

Nächstes Tu was, Hamburg-Treffen: siehe www.tu-was-hamburg.de